

Pressemitteilung 14/2019

Halle (Saale), den 26. Juni 2019

Studie: Wie Finanzkrisen Menschen unzufriedener machen und wie sich das verhindern lässt

Finanzkrisen haben nicht nur starke Verwerfungen im ökonomischen System zur Folge: Sie beeinflussen auch direkt die Lebenszufriedenheit der Menschen. Am stärksten betroffen sind die Schwachen der Gesellschaft, auch wenn diese unter Umständen gar nicht selbst mit Aktien spekulieren. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) und des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Diese negativen Folgen könnten die Kauflust der Menschen schmälern und die Wirkung der Krise sogar noch verstärken. Die Studie wurde kürzlich in der Fachzeitschrift „The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy“ veröffentlicht.

Eine höhere Unsicherheit auf dem Finanzmarkt wirkt sich direkt auf die Lebenszufriedenheit der Menschen aus. Was zunächst naheliegender klingt, hat Jun.-Prof. Dr. Lena Tonzer im Rahmen einer empirischen Analyse wissenschaftlich belegt. „Dieses Phänomen wirkt verstärkt in Finanzkrisen“, sagt Lena Tonzer. Und: „Der Effekt trifft vor allem die Schwachen in der Gesellschaft.“ Soll heißen: Arbeitslose und weniger gut Ausgebildete leiden verstärkt unter der Unsicherheit auf den Finanzmärkten, und zwar auch dann, wenn sie selbst gar nicht mit Aktien spekulieren.

Grundlage ihrer empirischen Analyse bildeten unter anderem die Daten aus den so genannten Eurobarometer-Umfragen, einer öffentlichen Meinungsumfrage, die von der Europäischen Kommission in regelmäßigen Abständen in Auftrag gegeben wird. Ziel ist es, dabei die Stimmung in den einzelnen Ländern der Europäischen Union (EU) zu erfassen. Dabei werden unter anderem auch Fragen zur Lebenszufriedenheit gestellt. Auf dieser Basis fand Tonzer unter anderem heraus, dass der Effekt der persönlichen Unzufriedenheit in Zeiten von finanzieller Unsicherheit jeweils in den Ländern am höchsten war, die von der Finanz- und Staatsschuldenkrise am stärksten getroffen wurden: genauer in Spanien, Portugal, Italien, Griechenland und Irland.

Eine solch dezidierte Analyse ist kein Selbstzweck: „Es ist wichtig herauszufinden, welche Bevölkerungsgruppen besonders betroffen sind. Nur so lässt sich mit politischen Maßnahmen gegensteuern“, erklärt Tonzer. So konnte sie auch Belege dafür finden, dass der beschriebene Effekt in jenen Ländern geringer ausfiel, in denen es ein effektives staatliches Absicherungssystem gibt. Daraus ergeben sich

ohne Sperrfrist

Pressekontakt
Rafael Barth
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartnerin
Lena Tonzer
Tel +49 345 7753 835
ltr@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium der Finanzen,
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi), Bundeskanzler-
amt

Wissenschaftliche Schlagwörter
Finanzkrisen, Finanzmärkte, Europa,
Eurobarometer, subjektives Wohl-
ergehen, Unsicherheit

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle e. V. (IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

gleich mehrere Schlussfolgerungen: „Es gibt wirksame Möglichkeiten der politischen Einflussnahme, um negativen Effekten in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Diese sollten genutzt werden, um die Schwachen in der Gesellschaft zu schützen.“

Um das Auftreten von Finanzmarktkrisen von vornherein zu vermeiden oder die Einbrüche abzuschwächen, können so genannte makroprudenzielle Politiken eingeführt werden, zum Beispiel der antizyklische Kapitalpuffer. Dahinter versteckt sich nichts anderes, als dass Banken in guten Zeiten mehr Eigenkapital ansammeln, damit sie in schlechten Zeiten einen Puffer haben, um Verluste leichter wegstecken und weiterhin Kredite an die Realwirtschaft vergeben zu können. So hat der Ausschuss für Finanzstabilität des Bundesministeriums der Finanzen erst kürzlich der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht empfohlen, diesen Kapitalpuffer in Deutschland zu aktivieren.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Erkenntnis, dass ein soziales Absicherungssystem zwar wichtig ist, es dürfe jedoch nicht auf Kosten einer Erhöhung der Staatsschulden gewährleistet werden. Denn in unsicheren Zeiten sinkt die Lebenszufriedenheit in Ländern mit höheren Staatsschulden tendenziell mehr, was wiederum das System weiter belasten und die Ängste der Menschen zusätzlich erhöhen würde. Lena Tonzer: „Wenn sie mehr Angst haben, weil sie in eine unsichere Zukunft blicken, kaufen die Menschen vermutlich weniger und sind nicht so investitionsfreudig. Die Folge wäre eine weitere Abwärtsspirale.“ In Bezug auf ihre Analyse ist sie sicher: „Es lohnt sich, sich diese weichen Faktoren anzuschauen, denn alles hängt mit allem zusammen.“

Veröffentlichung

Tonzer, Lena: Elevated Uncertainty During the Financial Crisis: Do Effects on Subjective Well-being Differ Across European Countries?, in: The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy (2019). doi: [10.1515/bejeap-2018-0099](https://doi.org/10.1515/bejeap-2018-0099).

Wissenschaftliche Ansprechpartnerin

Juniorprofessorin Lena Tonzer, Ph.D.
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich der MLU
Kleine Märkerstraße 8
06108 Halle (Saale)
lena.tonzer@iwh-halle.de

Pressekontakt

Rafael Barth
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf Twitter

 Das IWH auf Facebook

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftler/innen. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 95 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.